

Ergänzend zur vorliegenden Vorlage führte Dezernent Wagner aus, dass es mittlerweile gute Tradition sei, den Fachausschuss über die aktuelle Situation zum Thema Gesamtschule zu informieren. Obwohl die Ausschussmitglieder sicherlich über einzelne Entwicklungen vor Ort informiert seien, habe die Verwaltung die Gelegenheit ergriffen und eine aktuelle Gesamtübersicht erstellt. Wie schon in der Vorlage dargelegt, sei den Städten Königswinter, Lohmar, Sankt Augustin und Siegburg vom Regierungspräsidenten auferlegt worden, eine schulträgerübergreifende Schulentwicklungsplanung unter Berücksichtigung des Bedarfs an Gesamtschulplätzen zu erarbeiten. Eine Stellungnahme hierzu liege bisher nur von der Stadt Königswinter vor. Die Frist zur Berichterstattung an den Regierungspräsidenten laufe bis zum 30.05.2010.

Abg. Tandler führte aus, dass auch in diesem Jahr wieder mehrere hundert Kinder an den bestehenden Gesamtschulen wegen fehlender Plätze abgelehnt werden mussten und somit dem Elternwunsch nicht nachgekommen werden konnte. In der aktuellen Situation sei jedoch auch festzustellen, dass die Kommunen nicht über die finanziellen Mittel verfügten, um aus eigener Kraft eine Gesamtschule zu errichten wie am Beispiel Alfter zu sehen sei. Auch das Scheitern in Sankt Augustin, wo letztlich zwei Anmeldungen gefehlt hätten, mache eine Initiative des Kreises notwendig. Es stelle sich nun die Frage, was der Landrat zu tun gedenke, wenn sich die Bürgermeister weiterhin untätig verhielten.

Dezernent Wagner verwies auf die von der Bezirksregierung gesetzte Frist bis zum 30.05.2010, die den genannten Städten für die Entwicklung einer gemeinsamen Schulentwicklungsplanung auferlegt worden ist. Sollte eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung der Städte Königswinter, Lohmar, Sankt Augustin und Siegburg scheitern, sei laut Schulgesetz der Kreis in der Verpflichtung, tätig zu werden.

SkBin Krüger führte aus, dass im Lohmarer Schulausschuss der erste Beigeordnete vorgetragen habe, zunächst die Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung abwarten zu wollen. Aus Lohmarer Sicht bestehe zur Zeit kein nennenswerter Bedarf an Gesamtschulplätzen (acht Anmeldungen an bestehenden Gesamtschulen zum nächsten Schuljahr). Man sehe somit keine Dringlichkeit, einem Gesamtschulprojekt beizutreten. Ein entsprechendes Schreiben an den Landrat sei unterwegs.

Abg. Otter äußerte sich kritisch in Bezug auf die Entwicklungen in Sankt Augustin und deren Außenwirkung. Dem Elternwillen sei nun zum wiederholten Male nicht entsprochen worden. Es gehe jetzt um Lösungen für die nächste Elterngeneration, die ihr Kind zum Schuljahr 2011/2012 auf eine Gesamtschule schicken wollten.

Abg. Eyer mann bezeichnete die Situation als unendliche Geschichte und verwies darauf, dass es für die betroffenen Eltern schlichtweg unverständlich sei, dass bei lediglich zwei fehlenden Anmeldungen für eine noch nicht existente Schule das gesamte Vorhaben scheitere. Der hiesige Beschluss, dass der Kreis tätig werde, soweit feststehe, dass die Kommunen nicht tätig würden, habe Bestand und werde dann auch umgesetzt. Hierüber seien sich alle einig. Es könne jedoch nicht sein, dass Kommunen mit bestehenden Gesamtschulen diese Kreisgesamtschule über die allgemeine Umlage mitfinanzierten. Vielmehr seien die entstehenden Kosten dann über eine Sonderumlage von den Städten und Gemeinden anteilig nach dem Wohnortprinzip der zu beschulenden Schülerinnen und Schüler zu tragen. Dies müsse in aller Deutlichkeit festgehalten werden.

Dezernent Wagner wies nochmals auf die im jetzigen rechtlichen Stadium primäre Zuständigkeit der Städte und Gemeinden hin. Nach den Bestimmungen des Schulgesetzes könne – selbst wenn man wollte – der Kreis zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht tätig werden. Sollte der Kreis

jedoch zur Errichtung einer Gesamtschule verpflichtet werden, wären die Kosten über eine differenzierte Umlage nach dem Wohnortprinzip von den Kommunen zu tragen, in denen die Schülerinnen und Schüler wohnen.

Abg. Mersch unterstrich, es könne nicht sein, dass sich Sankt Augustin und Siegburg taktisch aus der Verantwortung zögen. Man müsse Wege finden, den Bedarf an Gesamtschulplätzen zu decken. Es sei nicht richtig, dass Kinder aus Hennef keine Zusage an der eigenen Gesamtschule erhielten, weil die Plätze an Schülerinnen und Schüler der Nachbarkommunen vergeben würden. Die Eltern seien verbittert, dass ihrem Schulwunsch nicht entsprochen werden könne.

Die Vorsitzende unterstrich an dieser Stelle nochmals, dass es zum Thema Gesamtschule unter Berücksichtigung des Elternwillens im Ausschuss keinen Dissens gebe.

Abg. Streng erklärte, dass in Alfter seit 10 Jahren um eine Gesamtschule gerungen werde. Nach dem eindeutigen politischen Beschluss habe nun die Bezirksregierung das Vorhaben gestoppt. Auch in anderen Kommunen sei dies vorgekommen. Es müsse ein Umdenken bei der Landesregierung erfolgen. Sie habe nun gehört, dass der Ausschuss sich bereits früher entschlossen habe aktiv zu werden, doch frage sie wie genau der Kreis hier tätig werden könne. Es interessiere sie, inwieweit der Kreis auf die Städte und Gemeinden Einfluss nehmen könne und ob eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung eingefordert werden könne.

Dezernent Wagner verdeutlichte, dass der Kreis – noch – nicht zuständig sei. Die Bezirksregierung könne die Kommunen zur Erarbeitung eines gemeinsamen Schulentwicklungsplanes auffordern und dies sei auch erfolgt. Rechtlich sei der Kreis vom Schulgesetz noch gehindert, eine aktivere Rolle als die des Moderators einzunehmen. Die Wege seien vom Schulgesetz vorgezeichnet.

Auf Nachfrage des SkB Pièla wird die aktualisierte Roadmap zum Thema Gesamtschule der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.